



F 54017 /

ISSN 1860-5648 /

www.julis.de

JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen

01/2013

Das sehe ich
anders!

WWW.JULIS.DE



>NEU IM TEAM:
UNSERE
STV. CHEFREDAKTEURIN
JEANINE WEISS



Wir alle wissen um die Aufgabe dieses Jahres, die eher herausfordernd als leicht und dennoch durchaus machbar ist. Es wird darum gehen im Wahlkampf für die Bundestagswahl zu zeigen, wer wir sind und warum wir gebraucht werden. Dabei geht es nicht um das Erfinden neuer Inhalte, sondern einer klaren Positionierung und vor allem um Kommunikation. Ich bin sehr erfreut in einer so arbeitsreichen Zeit das Team um Michael, als seine Stellvertreterin unterstützen zu dürfen und immer da ein zuspringen, wo ich gebraucht werde. Gegenwärtig befinde ich mich in den letzten Zügen meines B.A.- Studiums (Medien,- und Sozialwissenschaft) und bin in NRW auf Kreis und Bezirksebene der JuLis und der FDP aktiv. Als langjähriges Mitglied kenne ich sowohl unsere Hochzeiten, als auch die widrigen Umstände während der Wahlkämpfe. Durch meine Arbeit bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, als Chefredakteurin des dortigen Magazins „freiraum“ der Stipendiaten und Altstipendiaten habe ich viele neue Seiten des Liberalismus kennengelernt. Man erhält einen neuen Blick auf die Dinge und lernt, warum für andere Menschen der Liberalismus wichtig ist, auch wenn sie vielleicht nicht Mitglied unserer Partei sind. Dies gilt es zu ändern. Menschen sollen wieder bereit sein sich mit uns zu identifizieren. Unsere Inhalte sind gut, der Liberalismus wird gebraucht wie nie, jetzt liegt es an uns das auch zu vermitteln!

Ich freue mich auf ein spannendes Jahr zusammen mit euch im Wahlkampf!



Die Jungliberalen Aktion Sachsen hat vor kurzem einen neuen Vorstand bestimmt. Personell gab es nur wenige Veränderungen. Im Amt bestätigt wurden neben Christoph Hübner als Vorsitzenden auch die drei Stellvertreter (Presse: Rudi Ascherl, Programmatik: Florian Endt, Orga: Max Pätz). Neu ist der Schatzmeister Christian Hertig. Neue Beisitzer sind nun Philipp Junghähnel, Marcel Seifert und Karsten Gröger. Weiterhin dabei sind Robert Müller und Philipp Hartewig. Ombudsmann ist Alexander Hausmann geworden.

NACHRUF



Am 5. März 2013 kam unser ehemaliger stellvertretender Landesvorsitzender der JuLis Niedersachsen **Tanju Satiloglu** im Alter von 25 Jahren bei einem tragischen Unfall ums Leben. Sein Tod hinterlässt eine Lücke, die nicht wieder gefüllt werden kann. Wir werden ihn schmerzlich vermissen. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind in dieser schweren Zeit bei seiner Familie.

INHALT > 01/2013



> SEITE 4/5
POLITISCHER LIBERALISMUS FÜR ALLE?

Viele Liberale bescheinigten der FDP nur noch dann eine Zukunft, wenn diese sich endlich zu einer „ganzheitlich“ liberalen Partei fortentwickle. Ich meine nicht.



> SEITE 6-9
PRO/CONTRA LIBERALE JOBBÖRSE

„Unsere JuLis heuern viel zu oft als bezahlte Mitarbeiter bei der FDP an. Das ist ein Problem.“ Wirklich? Unser Pro und Contra.



> SEITE 10/11
VON OBJEKTIVEN WIRKLICHKEITEN (...)

Vielleicht gibt es auch eine nicht-politische Ursache für die offensichtlichen Gräben zwischen Liberalen auf der einen Seite und Linken sowie vielen Journalisten auf der anderen Seite?



> SEITE 16/17
»DAS STAKKATO IMMER NEUER SICHERHEITSGESETZE WÜRDE WEITERGEHEN«

„Jene, die Freiheit aufgeben, um eine vorübergehende Sicherheit zu erwerben, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit.“ Ein Gespräch mit der Bundesjustizministerin.

- 2 Kurz und Knapp: Memos aus dem Verband
- 3 Editorial
- 4 Politischer Liberalismus für alle?
- 6 Liberale Jobbörse?!
- 10 Die Doppelspitze
- 12 „Das sehe ich anders!“ Ein Fragment
- 14 Urheberrecht: „Digitale Bohème gegen die Internet-ausdrucker?“
- 16 Im Gespräch mit SLS
- 18 Auf eine Tasse Kaffee mit Lasse Becker
- 20 Familienpolitik – Das ungeliebte Stiefkind
- 22 Die internationale Seite

EDITORIAL >

LIEBE JULIS,

„Wir Junge Liberale sind kein Verband weich-gespülter Einheitsdenker – wir sind Individualisten, die aus voller Überzeugung für ihr Lebensgefühl Freiheit streiten.“

Mit diesen Worten führen wir unsere Kampagne „Das sehe ich anders!“ ein – eine Kampagne, die zeigen soll, dass wir etwas zu sagen haben, dass wir gestalten möchten, dass wir neue Ideen haben.

Genau dies soll auch Richtschnur der ersten Ausgabe des j+l's diesen Kalenderjahres sein. Denn die logische Antwort auf „das sehe ich anders!“ muss – um nicht im eigenen Saft zu schmorren – „wie siehst Du das?“ sein.

Welche Themen haben wir JuLis in der Vergangenheit zurecht intensiv bearbeitet, und dürfen ihren Stellenwert in der Debatte nicht verlieren? Exemplarisch stellt dies Thorsten Tücks in seinem Interview mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger für den Bereich Bürgerrechte dar – flankiert von einem Beitrag von Julia Hesse und Thomas Möhle, die uns darlegen, warum das Leistungsschutzrecht falsch ist.

Welche Themen haben wir eventuell etwas zu stiefmütterlich in der Vergangenheit beleuchtet? Diese Frage wird von Mona Model anhand einer

Auseinandersetzung zum Thema Familienpolitik angegangen.

Doch auch die innerverbandliche Debatte soll nicht zu kurz kommen: Wie ist es um die kritische Distanz der JuLis zu ihrer Mutterpartei bestellt? Wir stellen uns immer gerne als das liberale Korrektiv dar, den Stachel im Fleisch der FDP; doch sind wir personell enger mit dieser verwoben, als auf den ersten Blick erkennbar ist. Diesem Thema widmen wir eine Pro/Contra Reihe in diesem Heft – und unser Bundesvorsitzender Lasse zieht diesbezüglich ein Résumé in unserem traditionellen Interview.

Politischer Liberalismus für alle? Oder doch Bindestrichliberalismus? Womit gewinnen wir Wahlen? Diese Debatte stößt Manuel Röhrich an und möchte weg von dem „Wunschdenken, alle liberalen Strömungen gleichermaßen bedienen zu können“.

Neben diesen inhaltlichen Schmankerln, freue ich mich an dieser Stelle meine neue Stellvertreterin Jeanine Weiss in der Chefredaktion begrüßen zu dürfen.

Herzlich willkommen Jeanine ☺

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Euer Michael.



Michael im Netz
E-MAIL lindner@julis.de
FACEBOOK mlin83
WWW michael-lindner.info

14,6%

> POLITISCHER LIBERALISMUS FÜR ALLE?

der Wahlbürger setzten bei der vergangenen Bundestagswahl ihr Kreuz bei der FDP. Ein historischer Sieg für uns Liberale, konnten wir noch nie so viele Wähler bei einer Wahl zum Deutschen Bundestag von uns überzeugen. Nach elf Jahren Opposition war damit nicht nur der Weg zurück an die Regierung frei. Die FDP schien nun auch endlich dort angekommen zu sein, wo sie sich selbst gerne sah: Sie avancierte zu einer kleinen Volkspartei der Mitte. Nach dem historischen Sieg des 27. September 2009 folgte jedoch eine ebenso historische Krise. Reißierte die Partei gerade noch mit 14,6%, befand sie sich nur ein halbes Jahr später mit Umfragewerten von 5% in einem Dilemma. In der FDP entfachte eine kontroverse Debatte über das Profil der Partei. Viele Liberale bescheinigten der FDP nur noch dann eine Zukunft, wenn diese sich endlich zu einer „ganzheitlich“ liberalen Partei fortentwickle. Es müsse ihr gelingen, so der Tenor, das Freiheitsverständnis eines Otto Graf Lambsdorff genauso wie das eines Karl-Hermann Flach zu verkörpern. Eine Vision, die uns Mitglieder seit jeher begeistert, ist den meisten von uns doch wirtschaftliche Freiheit ebenso wie individuelle Freiheit und Chancengleichheit ein Wert. Aber gilt diese Gleichung auch für den Wähler? Ich meine nicht. Die Zukunft der FDP kann nicht in einem „ganzheitlichen“ Liberalismus liegen, wenn die Partei auch zukünftig mehr Wähler als ihre loyalen Anhänger rekrutieren will.

Ein Blick in die Geschichte der FDP verrät uns, dass ein erheblicher Teil der FDP-Wählerschaft nie über ein geschlossenes liberales Weltbild verfügte. Zwar verstand sich die Partei selbst in jeder Phase ihrer Geschichte als ganzheitlich liberale Kraft und trat in ihren Grundsatzprogrammen stets für gesellschaftliche Freiheit wie auch für wirtschaftliche Freiheit ein. Doch vermochte die FDP nie, Wähler linksliberaler Milieus und Wähler klassisch „bürgerlicher“ Milieus gleichzeitig anzusprechen. Als sich die FDP etwa in den 1960er Jahren zu einer sozialliberalen Kraft entwickelte und statt der bloßen Freiheit des Marktes nun vor allem individuelle Freiheits- und Teilhaberechte popagierte, ging mit dem Wandel ihres Profils auch ein Wandel ihrer Wählerschaft einher. Die FDP, bis dato Partei bürgerlich-konservativer Kreise, verlor erheblich an Wählern in konservativ-mittelständischen Milieus. Gleich-

zeitig avancierte sie jedoch zur Partei des modernen Bürgertums, das unter „Freiheit“ nicht zuerst die Freiheit des Marktes oder des Konsums, sondern die Freiheit zur Selbstverwirklichung verstand. Die Geschichte wiederholte sich schließlich, als sich die FDP ab Anfang der 1980er Jahre wieder vornehmlich als wirtschaftsliberale Partei exponierte. Vorbei waren nun die Zeiten, in denen die FDP als Vorkämpferin für Bürgerrechte, Aufstiegschancen und eines humanen Kapitalismus galt. In Erscheinung trat die Partei fortan als Anwalt des Bürgers gegenüber dem teuren Wohlfahrts- und Steuerstaat – als Partei der Marktwirtschaft gegenüber den Parteien der Staatswirtschaft. Während sich linksliberale Wählermilieus mit dieser FDP immer weniger identifizieren konnten, wurde die Partei für klassisch „bürgerliche“ Milieus wie etwa Mittelständler, Freiberufler oder auch höhere Angestellte wie-

der zunehmend attraktiv. Erneut wandelte sich also mit dem Profil der FDP auch ihre Wählerschaft – erneut musste die FDP alte Wählermilieus für neue aufgeben. Seit den 1980er Jahren pflegt die FDP nun mehr das Image einer wirtschaftsliberalen Partei. Ungeachtet ihres glaubwürdigen Kampfes um Bürgerrechte und Chancengleichheit sprach sie damit in den vergangenen Jahrzehnten vornehmlich klassisch „bürgerliche“ Wähler an. Ein Blick auf die Wahlergebnisse der Grünen in deutschen Großstädten zeigt indes, wo die sozialliberalen Wähler der 1970er Jahre geblieben sind. In den Straßencafés am Prenzlauer Berg wählt man heute „grün“ – nicht „liberal“.

Doch es bleibt die Frage, warum eine ganzheitlich liberale Partei nie entstehen und reüssieren konnte? Exemplarisch mag das vielleicht die vergangene Bundestagswahl zeigen. Die FDP wurde 2009 mit einem

historischen Ergebnis von 14,6% bestätigt, weil sie wie keine andere Partei für ein konsequent marktwirtschaftliches Profil stand. Obwohl das Wahlprogramm der FDP durchaus einen „ganzheitlich“ liberalen Gesellschaftsentwurf widerspiegelte – die FDP wurde 2009 für ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik gewählt und erhielt vor allem Stimmen enttäuschter Anhänger einer sozialdemokratisierten Merkel-CDU. Wer also glaubt, die meisten FDP-Wähler wären 2009 für einen „ganzheitlichen“ Liberalismus an die Urne gegangen, unterliegt einem Irrtum. Der Erfolg der FDP war der Erfolg einer wirtschaftsliberalen Partei und er war nur möglich, weil das Profil der Partei, ihr Personal und ihre Kampagne eben auf genau jene Wählerklientel ausgerichtet waren. Gewiss hätte die FDP 2009 nicht so viele Wähler des klassischen Mittelstands oder einer von Abstiegängsten bedrohten Mittelschicht für sich mobilisieren können, wenn sie genauso um linksintellektuelle Bildungsbürger bemüht gewesen wäre. Themen wie „Bürgerrechte“, „Netzfreiheit“, „Geschlechtergerechtigkeit“ oder „Chancengleichheit“ stoßen in klassisch „bürgerlichen“ Wählerkreisen einfach auf weniger Resonanz und mit visionärer Rhetorik sind diese Wähler auch nicht gerade zu begeistern. Umgekehrt darf davon ausgegangen werden, dass in postmateriellen Kreisen des Bildungsbürgertums Wahlslogans wie „Mehr Netto vom Brutto“ oder „Arbeit muss sich wieder lohnen“ wohl kaum bei der letzten Wahl überzeugen konnten.

Die Vergangenheit zeigt uns also, dass die FDP nie als ganzheitlich liberale Partei erfolgreich war. Die Vergangenheit zeigt uns, dass die FDP nie gleichzeitig Wähler eher linksliberaler Milieus und klassisch „bürgerlicher“ Milieus bedienen konnte. Dabei sind es eben nicht vornehmlich die politischen Grundsatzprogramme, an welchen sich die Geister sozialliberaler und wirtschaftsliberaler Wähler scheiden. Es sind vielmehr unterschiedliche Themen, für die sich die verschiedenen Wählermilieus interessieren. Bisweilen sind es sicher auch unterschiedliche politische Persönlichkeiten, mit welchen sich diese Kreise identifizieren. Und es ist eine unterschiedliche Sprache, von der sich diese Wählergruppen angesprochen fühlen. Die FDP wird sich entscheiden müs-

sen, welche liberale Partei sie in Zukunft sein will. Eine FDP etwa, die sich in staatskritischer Rhetorik übt und sich als Schutzmacht des Leistungsträgers gegenüber dem übermächtigen Wohlfahrts- und Steuerstaat exponiert? Eine solche FDP sollte sich dann auch in Zukunft vornehmlich in Themen der Wirtschafts- und Finanzpolitik profilieren und sich höchstens dann in gesellschaftspolitischen Debatten einschalten, wenn die Grünen mal wieder unser Konsum- und Genussleben stören. Eine solche FDP könnte in Oppositionszeiten auch wieder erfolgreich an den Mittelständler, Handwerker und sogar Arbeiter appellieren und hätte ein enormes Potential, als kleine Volkspartei der Mitte in einem Parteienwettbewerb mit zunehmend „sozialdemokratisierten“ Parteien ihre Erfolgsgeschichte fortzuschreiben. Oder wollen wir das gut situierte sozialliberale Bildungsbürgertum erobern, das heute oftmals nach ideellen und nicht rein materiellen Werten wählt? Dann lasst uns beginnen, auch unser Profil an dieser Klientel auszurichten und unser Verständnis von Freiheit stärker aus der Perspektive des Individuums zu begründen. Themen wie „Bürgerrechte“, „Bildungschancen“, „nachhaltiges Wirtschaften“ und „Generationengerechtigkeit“ müssen von der FDP dann aber auch dominiert werden. Stil und Rhetorik – das versteht sich – dürften dann nicht die eines Volkstribuns sein.

Letztlich muss sich die FDP entscheiden, welchen Weg sie geht. Die Partei muss sich entscheiden, als welche „Marke“ sie zukünftig in den Wahlkampf ziehen will. Ohne Zweifel gibt es einen Liberalismus für alle – einen liberalen Gesellschaftsentwurf, der alle Menschen einschließt. Doch lassen sich alle Strömungen des Liberalismus nie gleichzeitig einer breiten Masse an Wählern überzeugend vermitteln.

MANUEL RÖHRICH (24) studiert Politikwissenschaften/öffentliches Recht und ist geschäftsführender Gesellschafter einer Agentur für politische Kommunikation.
E-MAIL manuel.roehrich@gmail.com
FACEBOOK [manuel.rohrich](https://www.facebook.com/manuel.rohrich)



> DIE JUNGLIBERALE JOBBÖRSE

Unsere JuLis heuern viel zu oft als bezahlte Mitarbeiter bei der FDP an. Das ist ein Problem.

**Lust auf einen Job in der FDP-Bundestagsfraktion?
So lautet das Anforderungsprofil:**

Du studierst Politikwissenschaften, Volkswirtschaftslehre oder Jura mit mäßigem Erfolg? Du hast noch nie ein Praktikum außerhalb der liberalen Familie gemacht und Du warst auch noch nie für längere Zeit im Ausland? Du bist ein großer Fan von unserem FDP-Spitzenpersonal und bejubelst uns regelmäßig auf Facebook? Bei den JuLis spielst Du eine wichtige Rolle und möchtest Dir jetzt Deinen Ausstieg vergolden?

Dann bist Du genau der richtige Kandidat für ein Pöstchen in der FDP-Bundestagsfraktion! Wir freuen uns auf Deine Bewerbung.

Du glaubst, das ist eine Parodie? Schön wär's! Denn wer sich durch die Arbeiterteams unserer FDP-Bundestagsfraktion (oder auch der Landtagsfraktionen) klickt, merkt sofort: Die JuLis haben die Partei gekapert und zwar als bezahlte Mitarbeiter. Das gefährdet unsere Unabhängigkeit.

Deutlich mehr als die Hälfte der ehemaligen Bundesvorstandsmitglieder der letzten Jahre haben nach ihrem Ausscheiden in Abgeordnetenbüros angefangen. Auch die Liste der Ex-Landesvorsitzenden, die nun im Dienste der Partei stehen, ist lang. Die Mitarbeiterlisten von Bundestags- und Landtagsfraktionen lesen sich wie das Who-is-Who der JuLis.

Unsere JuLi-Funktionäre und Ehemaligen leben von der FDP. Ist das in Ordnung?

Klar: Wer für Politik lebt, will auch in der Politik arbeiten. Niemand verlangt, dass unsere JuLi-Funktionäre nach ihrer Laufbahn in unserem Verband plötzlich ihr politisches Interesse abschalten. Nicht jeder muss den Sprung in die Selbstständigkeit wagen, Legosteine verkaufen oder Pressesprecher bei VW werden. Engagement bei den JuLis darf grundsätzlich nicht einschränken. Deine Berufswahl ist Deine Entscheidung!

Aber: Wie unabhängig ist eine politische Jugendorganisation, deren Führungskräfte und Ehemaligen finanziell so eng mit der FDP verquickt sind? Wie laut schreit ein JuLi-Pressesprecher, der in zwei Monaten bei der FDP unterkommen will? Wie kritisch hinterfragt ein JuLi-Schatzmeister, der seinen Gehaltsscheck jeden Monat bei der FDP einlöst? Wie bahnbrechend sind die Beschlüsse eines JuLi-Bundeskongresses, bei dem die Hauptredner im Deutschen Bundestag arbeiten?

Wir reden uns ein, wir seien der Motor der FDP. Wir erzählen einander, wir seien der Stachel im Fleisch unserer Mutterpartei. Wir behaupten, unser Verhältnis zur FDP sei „kritisch-konstruktiv“. Jedes Neumitglied lernt, die JuLis seien finanziell und organisato-

risch vollkommen unabhängig. Aber stimmt das überhaupt?

So würden unsere Wunsch-JuLis aussehen: Wir sind laut und zeigen Kante. Wir sind ein Politiklabor, das Chaos verbreitet. Wir experimentieren mit neuen Ideen und Verfahren. Mit unseren Statements treiben wir die FDP in den Wahnsinn. Wir preschen vor – und zwar gerade dann, wenn es mit dem Regieren in Berlin nur bescheiden läuft. Unsere Kritik ist direkt und spart weder JuLi-Mandatsträger noch ehemalige JuLi-Funktionäre aus.

Das geht aber nicht, wenn unsere Führungskräfte bei FDP in Lohn und Brot stehen. Das geht auch nicht, wenn sie direkt nach ihrem Ausscheiden aus einem Posten in unserem Verband einen FDP-Job ergattern. Denn niemand beißt die Hand, die ihn füttert oder bald füttern soll. Eine unabhängige Jugendorganisation ist eine Jugendorganisation, in der die Mitglieder nicht von der Mutterpartei bezahlt werden.

Sind wir mittlerweile scheinheilig? Mit erhobenem Finger zeigen wir gerne auf Jusos, Junge Union und die Grüne Jugend. Dort seien Jugendverband und Partei kaum voneinander zu unterscheiden. Aber ist das bei uns wirklich so anders? Führen wir den aktuellen Kurs noch einige Jahre so fort, können wir uns – genau wie die Jusos – bald als Arbeitsgemeinschaft bei unserer Mutterpartei eingliedern.

Was muss sich also ändern?

Wir schlagen vor: Wer in unseren Landes- oder Bundesvorständen arbeitet, darf seinen Gehaltsscheck nicht mehr bei der FDP einlösen. Die bezahlte Arbeit bei der FDP muss in dieser Zeit ruhen.

Außerdem brauchen wir eine Sperrzeit für Funktionsträger: Wer in einen unserer

Landes- vorstände oder den Bundesvorstand gewählt wird, verpflichtet sich, dass er in den ersten zwölf Monaten nach seinem Ausscheiden keinen Job bei der FDP und ihren Abgeordneten antritt. Wir dürfen nicht den Anschein erwecken, dass JuLi-Karrieren auch Berufsinteressen verfolgen.

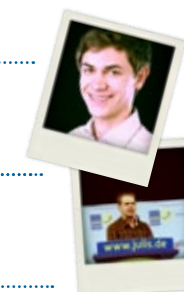
Diese Vorschläge sind radikal. Falls umgesetzt, werden sie das Gesicht unserer Organisation grundlegend verändern. Sie würden zu einem Verband führen, der beißt und brüllt und der FDP jede Woche erneut ans Bein tritt. Die Ära des Abnicksens nähme ein Ende. Wir wären dann eine Organisation, in der unsere Mitglieder auch Berufslaufbahnen außerhalb der FDP planen. Ein Verband, der zum Vorbild für die FDP wird. Ein Verband, der unabhängig ist und die FDP fördert und treibt. Wir wären dann wirklich die interessanteste politische Jugendorganisation Deutschlands.

JULIAN KIRCHHERR (23) leitet das Mitgliedermagazin der European Liberal Youth (LYMEC).

E-MAIL kirchherr@julis.de.

FRITZ OHNESORGE (33) war stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Berlin.

E-MAIL fritz.ohnesorge@julis-berlin.de.



> FREI IM GEIST

> ERFOLGREICH IN DER POLITIK

Seit 15 Jahren sehe ich bei den JuLis Funktionsträger kommen und gehen. Sie hatten alle Eines gemeinsam – sie brennen für die Politik, sie kämpfen für die Freiheit und sie wollen die Welt besser machen. Und wir JuLis sollten selbstbewusst dazu stehen, dass es uns auch tatsächlich gelungen ist, die Welt besser zu machen. Darauf können wir stolz sein.

Viele Ideen der Jungen Liberalen sind den Altherren der Mutterpartei zu forsch und zu progressiv. Für viele sind die JuLis „zu frei im Geist“. Dennoch ist es gelungen die Jungen Liberalen in den letzten 33 Jahren zu dem politischen Jugendverband zu machen, der am Intensivsten und Stärksten die Programmatik der Mutterpartei beeinflusst. Ganz deutlich wird das beispielsweise in der aktuellen Debatte um das Leistungsschutzrecht. Hier haben die JuLis Bewegung in die Partei gebracht. Auf zahlreichen FDP-Landesparteitagen haben die JuLis ihren Unmut in Antragsform zum Ausdruck gebracht und sich durchgesetzt. Der „freie Geist“ hat sich durchgesetzt.

Und das funktioniert deshalb so gut, weil die JuLis unabhängig sind, die JuLis für Politik brennen und die JuLis gut vernetzt sind. Für mich nicht nachvollziehbar schwappt jetzt die Diskussion um Anti-Korruptions-Richtlinien in den Verband. Während es nachvollziehbar erscheint für Politiker und Amtsträger eine Diskussion darüber zu führen, wer sich im Anschluss an Politik oder Staatsdienst möglicherweise von der Wirtschaft oder Lobbyisten für aktuelle oder eben vorhergehende Leistungen vergüten lässt, erscheint mir die Diskussion

um Funktionsträger bei den JuLis so überflüssig wie ein Kropf.

Mir fällt weder spontan, noch bei längerem Nachdenken ein amtierender oder ehemaliger Funktionsträger bei den JuLis ein, der aufgrund eines aktuellen Arbeitsverhältnisses für die FDP, eine Fraktion oder einen Abgeordneten seine Unabhängigkeit aufgegeben hat. Vielmehr erlebe ich, dass andersrum ein Schuh draus wird. Viele nutzen ihre Unabhängigkeit als JuLis aus, um sich auch mal gegen den Arbeitgeber zu positionieren und die Freiheit des Geistes in die Freiheit der Tat umzusetzen. Die Unabhängigkeit der JuLis sehe ich nicht in Gefahr.

Und wo ziehen wir dann eigentlich die Grenze zwischen Unabhängigkeit und Abhängigkeit? Kann es eine allgemeinverbindliche Regelung geben oder wäre es nicht sinnvoller jeden Einzelfall zu betrachten? Was ist mit wirtschaftlichen Beziehungen zwischen JuLis als Verband und Funktionsträgern? Wenn jetzt Mitglieder der Jungen Liberalen zwecks wirtschaftlicher Unabhängigkeit einer selbständigen Tätigkeit nachgehen und mit ihrem Unternehmen den JuLis gute Angebote machen, wäre das dann auch unzulässig? Liefe man Gefahr, dass sich Mitglieder Funktionen erkaufen durch gute Angebote, beispielsweise vergünstigte Übernachtungen? Oder gibt es nicht manchmal auch Situationen in denen möglicherweise Interessenskonflikte vorliegen? Es ist zwar kein Fall von Abhängigkeit, wenn jemand für freie Medien Artikel verfasst und zeitgleich für eine Mitgliederzeitschrift verantwortlich zeichnet, aber ist man beim Verfassen der Mitgliederzeitschrift dann wirklich unabhängig oder schielt man nicht mit einem Auge doch vielleicht darauf, ob es bei dem anderen Auftraggeber nicht zu Irritationen kommen kann?

Aber wir müssen uns die Frage stellen, ob wir noch genügend JuLis für Funktionen finden werden, denn die JuLis brennen für Politik. Und weshalb sollte man sich mit einer solchen Selbstverpflichtung die Chance nehmen aus dem Hobby den Beruf zu machen. Im Fußball gibt es auch keine 1-Jahres-Sperrfrist um Profifußballer zu werden. Die JuLis sind doch ein Sprungbett in die Politik und nicht nur in die Parlamente. Und was machen wir dann eigentlich mit den ganzen Juli-Spitzenkandidaten, die dann für die FDP in ein Parlament gewählt werden? Viele wollen aber gar nicht in die vorderste Reihe, sondern sehen ihre Stärken im Umfeld.

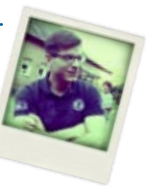
Und das ist ein Geheimnis des jungliberalen Erfolgs. JuLis sitzen nicht nur in Parlamenten, sondern die JuLis sind schon lange im politischen Umfeld angekommen. Es existiert ein Netzwerk, welches aus meiner Sicht einzigartig in der deutschen Politik ist und maßgeblich den Erfolg der JuLis ausmacht. Man bleibt zwar vom Alter her nicht immer Juli, aber vom Herzen her – und das auch unabhängig vom Arbeitgeber. Schließlich verbindet die JuLis frei im Geist und in der Tat zu sein. Eine Selbstverpflichtung nicht im politischen Umfeld zu arbeiten oder erst nach einer Karenzzeit würde dieses Netzwerk und damit auch den politischen Erfolg gefährden.

Schließlich muss ich an dieser Stelle zugeben, dass ich bei Einstellungen in der FDP-Landtagsfraktion in Niedersachsen immer für JuLis plädiere. Die JuLis kennen halt einfach das politische Geschäft, die Abläufe und die Partei. Das ist ein unschlagbarer Vorteil gegenüber allen anderen Bewerbern, die beispielsweise keine Ahnung von

Befindlichkeiten eines FDP-Ortsverbands haben oder noch nie leidenschaftlich über Anträge debattiert haben. Zudem sind weder die Landtagsfraktionen noch die Bundestagsfraktionen mit Scientology vergleichbar und die Mitarbeiter in den Fraktionen stellen keine Gefahr für den Liberalismus oder die freiheitlich demokratische Grundordnung dar.

Und letzten Endes wählen die Kongresse doch auch in Kenntnis von Studium, Beruf und Nebenbeschäftigung die Funktionsträger dieses Verbandes, ohne Quoten, ohne Vorgaben. Die Kongresse sind und bleiben die besten Kontrollorgane für die Funktionsträger und dabei wählen die JuLis nach meiner Erfahrung diejenigen die frei sind im Geist, weil sie wollen, dass wir weiter erfolgreich in der Politik sind.

BJÖRN FÖRSTERLING (30) ist seit über 15 Jahren Mitglied der Jungen Liberalen und derzeit Ombudsmann auf Bundesebene. Seit 2008 sitzt der gelernte Finanzbeamte für die FDP im Niedersächsischen Landtag.



> PRO

>VON OBJEKTIVEN WIRKLICHKEITEN, WAHREN BEFINDLICHKEITEN UND EMPATHIE.

Wir möchten unsere Kolumne diesmal nutzen, um über objektive Realität zu schreiben – und darüber, was viele dafür halten. Eigentlich wollten wir über Sexismus schreiben. Da sehen wir auch eine Menge anders – somit hätte das gut zum Titelthema gepasst.

Nun aber scheint dazu alles gesagt zu sein. Oder gerade nicht?

Sprechen wir doch mal über Norm und Wirklichkeit! Vielleicht gibt es auch eine nichtpolitische Ursache für die offensichtlichen Gräben zwischen Liberalen auf der einen Seite und Linken sowie vielen Journalisten auf der anderen Seite? Man redet aneinander vorbei und fühlt sich unverstanden. Es scheint zumeist (nicht immer!) aufrichtig zu sein, wenn Junge Liberale sagen, dass sie nicht verstehen, was die Sexismusdebatte bringen soll. Wenn sie die gesellschaftliche Debatte missverstehen und fragen, wo dort denn bitte politisch-gesetzgeberischer Handlungsbedarf bestehe und an welcher Stelle denn um Gottes Willen Frauen in Deutschland überhaupt benachteiligt sein sollen. Schließlich ist die Würde des Menschen unantastbar und das meint ganz offensichtlich beide Geschlechter. Vor dem Gesetz gibt es keinen Unterschied. Auf der anderen Seite wirkt auch das Erstaunen mancher Medienvertreter echt, wie sich denn bitte ein JuLi-Mitglied Feministin nennen kann.

Wir Liberale fühlen uns post-emanzipatorisch. Ach was, wir sind es! Waren es doch wir Liberale, die den Bürger aus der Allmacht der Monarchen und Herrschern von Gottes Gnaden befreit, den Arbeitern den sozialen Aufstieg, der Jugend die freie Liebe, den Osteuropäern die Demokratie und Afrika den Freihandel gebracht haben. Selbstverständlich. Eine Debatte über die Diskriminierung von Frauen brauchen wir deswegen auch nicht zu führen. Könnte man meinen. Oder über die Diskriminierung von Menschen, die anders aussehen oder keinen tollen Beruf haben. Jedes Individuum ist schließlich gleich viel wert. Alle können selbstbewusst sein und sich im Zweifel wehren. Unser Gerechtigkeitsbegriff ist dabei ein rein rechtlich-formaler. Über Sexismus in der Gesellschaft oder gar bei den Liberalen zu diskutieren, scheint daher überholt. Wir sind quasi so unwahrscheinlich tolerant, dass es absurd wäre, auf Toleranz auch noch zu achten. Das haben wir doch längst verinnerlicht. Kant, Mill und die Wiesbadener Grundsätze als Muttermilch. Manche Liberale (übrigens auch Piraten) halten sich für so fest in einer Art objektiven Realität verwurzelt, dass sie weder bereit noch in der Lage sind, die Grundlagen ihres eigenen Diskurses zu hinterfragen.

Wir halten das für falsch. Es ist nicht egal, ob man ein Mann oder eine Frau ist, dick oder dünn, oder ob man asiatisch aussieht oder einen türkischen Nachnamen hat. Die eigene Herkunft, die Eltern, das Geschlecht und auch wie man aussieht, bestimmen die individuelle Identität zu weiten Teilen. Ganz zu schweigen von den daraus resultierenden Folgen für das berufliche und private Leben. Und auch wie wir mit unseren Mitmenschen umgehen, hängt ganz entscheidend davon ab, welche soziale Rolle sie uns gegenüber einnehmen – ob wir

sie als verschieden von uns selbst wahrnehmen. So ordnet fast jeder Mensch Frauen und Männern unterschiedliche Eigenschaften zu.

Wir sehen darin banale und unbestreitbare Tatsachen. Und so kann es aus unserer Sicht nicht richtig sein, einfach so zu tun, als wäre es anders. Die richtige liberale Antwort nimmt stattdessen diese menschlichen Unterschiede an und versucht vor eben diesem Hintergrund eine freiere, d.h. auch substantiell gerechtere Gesellschaft zu realisieren. Ein guter und respektvoller Umgang miteinander ist dabei noch nicht einmal ein Politikum. Schließlich ist es weder im engeren noch im weiteren Sinne liberal, sich respektlos zu benehmen. Beleidigungen und Herabstufungen sind unzivilisierte Verhaltensweisen. Freiheit hin, Toleranz her. Um aber ernsthaft und redlich auf die Ungleichbehandlung von Menschen zu reagieren, müssen wir auch unsere persönlichen Vorurteile und Einstellungen, unsere Sprache und unsere eigene Identität hinterfragen. Moment. Müssen wir das überhaupt? Gibt es für derartige politische correctness und 68er-Themen nicht Linke und unsere Aufgabe ist es vielmehr, uns mit aller Kraft dagegen zu stemmen?

Vielleicht fühlen sich genau deshalb weite Teile der Bevölkerung vom organisierten Liberalismus bedroht. Natürlich vertreten wir als politisch organisierte Liberale zunächst unsere Wählerinnen und Wähler, die für individuelle Freiheiten, für einen schlanken Staat und ein Höchstmaß an Eigenverantwortung plädieren. Und bestimmt neigen vor allem besonders eigenständige und vielleicht auch beruflich erfolgreiche Menschen zu einer liberalen Lebenseinstellung. Menschen, die sich nicht vorstellen können, auf andere angewiesen zu sein. Wir verstehen den Liberalismus dabei zuerst als eine zutiefst optimistische und lebensfrohe Einstellung, geprägt vom unbedingten Glauben an ein starkes, freies Individuum.

Doch nicht jedes Individuum ist gleich stark und gleich frei. Und das sollte uns zu denken geben. Wir glauben, dass Politik nur ernst genommen wird, wenn sie die Bevölkerung als Ganzes im Blick hat und nicht nur die eigenen (bisherigen) Wählerinnen und Wähler. Als politische Organisation müssten wir, schon pragmatisch betrachtet, stets versuchen, neue Wählermilieus für den Liberalismus zu gewinnen. Dafür braucht es offene Augen und Ohren. Dafür muss mancher seine Scheuklappen abwerfen. Und dafür darf man eben nicht über existierende Probleme in der Gesellschaft hinweggehen, weil man allein von sich und seinen eigenen Erfahrungen

und Beobachtungen ausgeht. Als wären diese eine ausreichende Grundlage, um der „Wahrheit“ auf den Grund gehen und daraus die „richtigen“ politischen Positionen gleichsam errechnen zu können.

Der Appell also: Scheuen wir uns nicht davor Realitäten zu problematisieren! Unsensibilität und Überheblichkeit sind keine Tugenden. Klagen und Gesellschaftskritik verdienen nicht per se Hohn und Spott. Akzeptieren wir, dass das reale Leben über Gesetzestexte und den Homo Oeconomicus hinausgeht! Hinterfragen wir, ob es neben der gar so offensichtlichen Norm womöglich eine andere Wirklichkeit geben kann. Schließlich ist es unvernünftig, über empirisch belegte Fakten hinwegzugehen, weil sie scheinbar nicht in die liberale Weltsicht passen. Schauen wir hin, hören wir zu! Zeigen wir endlich Empathie! Beteiligten wir uns ernsthaft am gesellschaftlichen Diskurs!

Daraus folgt gerade nicht, dass auch wir Liberale uns am sozialpolitischen Überbietungswettbewerb um die finanziell umfangreichsten sozialen Wohltaten beteiligen müssten. Genau dieses – gerade umgekehrte – Missverständnis weist die deutsche Linke gern auf, wenn sie in verständnisvoller, umsorgender Attitüde nach dem Staat ruft oder gar diejenigen beschimpft, die in ihren Augen „zu viel“ verdienen oder besitzen. So wie Sozialdemokraten und Grüne ideologisch profitieren würden, wenn sie sich gelegentlich in die Position derer versetzten, die den Sozialstaat finanzieren müssen – und seien es „nur“ die künftigen Generationen –, so stünde es uns Liberalen gut zu Gesicht, über unseren pseudoobjektiven Tellerrand hinaus zu schauen und Ungerechtigkeiten jenseits formaler Gleichstellung anzuerkennen.

Um der Unterstellung gleich zu begegnen und das drohende Missverständnis auszuräumen: Was wir hier fordern, ist kein revolutionärer Linksruck, sondern nicht mehr und nicht weniger als intellektuelle Redlichkeit und Unvoreingenommenheit im politischen Handeln. Ein ganzheitliches Liberalismusverständnis fordert Verantwortung für sich selbst. Aber noch darüber hinaus: auch für andere. Wie sollte man dieser Verantwortung ohne Empathie gerecht werden? Politische Vernunft verlangt nach effizienten und verhältnismäßigen Lösungen in der Sache. Aber noch davor: nach Sensibilität und Problembewusstsein.



XX DOPPELSPITZE

In der Kolumne „Doppelspitze“ schreiben Eva und Hanni ganz persönlich, kantig, spitz und provokant zu aktuellen oder grundsätzlichen Themen.

Johannes (Hanni) Wolf war Pressesprecher der Jungen Liberalen auf Bundesebene. Er lebt und arbeitet in Berlin.

Eva Christina Scharbatke war Programmleiterin der Jungen Liberalen in Hessen.

Foto Hanni Wolf: © P. Wehrend

Das sehe ich
anders!

WWW.JULIS.DE

► EIN FRAGMENT

Gegen Verschuldung, gegen Überwachung, gegen immer mehr Verbote – In Diskussionen nehmen Liberale oft den Kontrapunkt ein. Als Tim auf dem McDonalds-Parkplatz seine drei alten Schulfreunde Jonas, Samira und Nico wieder trifft, sind die drei ziemlich erstaunt. Tim hat ihnen seine Mitgliedschaft bei den JuLis offenbart.

JONAS: FDP?!?! Nicht wirklich die Mövenpick-Truppe oder?

NICO: Krass, hätte ich nicht gedacht. Deine Eltern sind doch ganz normal.

JONAS: Du hast doch gar keinen Dokortitel.

NICO: Eben, ist in der FDP ja auch keiner mehr. Fipsi ist so schwul. Der geht mal gar nicht.

SAMIRA: Du siehst gar nicht danach aus.

TIM: Nicht direkt FDP. Ich bin erstmal bei den JuLis. Das ist die Jugendorganisation – und anders als andere Parteien sind wir ein rechtlich unabhängiger Verein.

SAMIRA: Ich würde die FDP ja wählen. Aber sie denkt gar nicht mehr an das Thema Bürgerrechte. Früher war das anders.

TIM: Entschuldigung?! Schonmal von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger gehört? Die Bundesjustizministerin ist nicht zufällig in der FDP. Wer hat denn in der Bundesregierung die Abschaffung der Internetzensur durchgesetzt? Was glaubst Du, warum wir bis heute keine Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung haben?

NICO: Weil alle Parteien Schiss vor den Piraten haben...

JONAS: Hallo?!?! Die Piraten sind doch noch schlimmer! Warum seid Ihr gegen den Mindestlohn?

TIM: Weil wir befürchten, dass dann gerade junge oder schlecht ausgebildete Menschen keinen Job mehr finden. Wir wollen statt dessen ein Bürgergeld als Grundeinkommen und mehr Geld für Bildung und Ausbildung.

SAMIRA: Und woher wollt Ihr das Geld nehmen? Fangt mal bei den Hotels an.

TIM: Die JuLis sind nicht gleich die FDP. Wir haben 2009 beim Parteitag, bei dem die Mehrwertsteuersenkung für Hotels ins FDP-Wahlprogramm geschrieben wurde, einen Änderungsantrag dagegen gestellt. Darin sehen wir JuLis unsere Aufgabe: Die FDP an ihre Grundideen erinnern und an das Thema Generationengerechtigkeit erinnern.

JONAS: Die FDP ist für Studiengebühren! Euch ist die junge Generation völlig egal...

TIM: Das sehe ich anders. Wir haben die Wehrpflicht abgeschafft.

NICO: Stop! Das mit der Wehrpflicht war Guttenberg.

TIM: Nein! In einer Großen Koalition wäre die Abschaffung der Wehrpflicht niemals möglich gewesen, weil auch die SPD größtenteils für die Wehrpflicht ist. Es kommt auf die Liberalen an. Es gibt in der schwarz-gelben Bundesregierung nur eine Partei, die 2009 mit dem Ziel angetreten ist, die Wehrpflicht

abzuschaffen: Die FDP. Und zwar auch erst seitdem die JuLis das bei der FDP durchgesetzt haben.

JONAS: Die FDP ist so eine lächerliche Boygroup. Für solche Politiker lacht man Deutschland aus.

TIM: Ich finde es eigentlich ziemlich gut, dass in der FDP auch junge Menschen eine Chance haben.

NICO: Ja, sorry, aber ich kann solche Milchbubis nicht ernst nehmen.

TIM: Rainer Brüderle ist vieles, aber kein Milchbubi.

NICO: Ja... den kann ich auch nicht ernst nehmen.

JONAS: Der hat doch im Moment ganz andere Probleme.

TIM: Meint Ihr nicht, dass man auch mal über Inhalte reden sollte statt ständig auf Personen einzuschlagen? Die anderen Parteien kommen mit Frauenquoten und Tempolimits um die Ecke und Ihr regt Euch auf, weil es in der FDP jüngere Politiker gibt als in anderen Parteien.

SAMIRA: Die Frauenquote ist total daneben. Ich kann es aus eigener Kraft schaffen, meinen Lebens Traum zu verwirklichen. Ich kenne keine Frau, die die Quote gut findet.

NICO: Tempolimit kommt in Deutschland nicht. Dafür ist die Auto-Lobby viel zu stark.

TIM: Aber es gibt Parteien, die genau das, nämlich Frauenquoten und Tempolimits wollen. Politik wird nicht von Lobbyisten gemacht...

SAMIRA: ...das sagt der Richtige...

TIM: ...sondern von gewählten Politikern. Und wenn es nach SPD und Grünen geht, dann werden Frauenquote und Tempolimit ganz schnell eingeführt.

JONAS: Na ja, Tempolimits gibt es überall in Europa...

NICO: Hör mir auf mit Europa. Wir pumpen Geld nach Griechenland und die arbeiten nicht mal.

TIM: Die von der Krise betroffenen Länder haben schon ziemlich viele Reformen auf den Weg gebracht. Das reicht nicht, aber der Weg ist klar: Der Staat darf nicht mehr Geld ausgeben als er einnimmt.

SAMIRA: Wer darf das schon...

TIM: Genau. Deswegen wollen wir JuLis nicht nur einen Schuldenbremse, sondern ein Schuldenverbot im Grundgesetz. Es kann nicht sein, dass der Staat mehr Geld für die

Zinsen alter Schulden als für Bildung ausgibt.

JONAS: Ich dachte „Verbote verbieten“...

TIM: Wenn dem Staat etwas Unsinniges verboten wird, finden wir das nicht schlecht. Wenn der Staat dem Bürger etwas verbieten will, sehen wir das anders.

NICO: Ich finde das neue Alkoholverbot in den Bussen und U-Bahnen ziemlich gut. Seit dem ist es sauberer.

JONAS: Es hat Dich trotzdem nicht daran gehindert, letztes Wochenende die Bushaltestelle zu zerlegen.

SAMIRA: Also, Du säufst jetzt nicht gerade weniger...

TIM: Das ist der Punkt: Der Staat kann Euch nicht zu anderen Menschen erziehen, indem er Alkohol einfach aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwinden lässt. Dann glücken wir halt zu Hause vor. Es gerät ja auch nicht jeder so aus der Kontrolle wie Du, Nico.

NICO: Ey, ist das „mitfühlender Liberalismus“?

JONAS: So ein paar Videokameras tun doch keinem weh.

TIM: Wenn es einen konkreten Verdacht gibt... Aber einfach mal ein paar Kameras aufstellen bringt nichts. Da sollte man lieber

die Präsenz der Polizei erhöhen und die Polizisten besser ausstatten.

TIM: Das Schöne ist, dass wir von der FDP ernst genommen werden. Anders als die Jusos, die immer gegen alles sind und die JU, die immer alles abnickt, was von der CDU kommt, sind wir kritisch-konstruktiv.

JONAS: Joa, mag sein. Aber es ist ja nicht einfach im Moment, bei den Liberalen zu sein.

TIM: Kannst ja mal vorbei kommen...

JONAS: Auf keinen Fall!!!

SAMIRA: Kann da jeder einfach hingehen?

TIM: Ja. Komm einfach zum nächsten JuLi-Treffen vorbei.

NICO: Alter, bekehr' sie nicht!

TIM: Kannst ja mitkommen.

KONSTANTIN KUHLE (24), stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen, kommt aus dem Landesverband Niedersachsen und studiert Jura in Hamburg.

E-MAIL kuhle@julis.de.



ANZEIGE



Lassen Sie doch mal wieder die Kinder gewinnen – mit Ihrer Pflege-Zusatzversicherung

Wenn im Pflegefall Kosten von mehreren Tausend Euro im Monat zusammenkommen, reicht die gesetzliche Pflegeversicherung nicht aus. Dann müssen unsere Kinder für die Rechnung der Eltern geradestehen. Gut, dass der Staat jetzt die zusätzliche private Pflegevorsorge fördert. Sie hilft Jung und Alt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de

**PKV**
Verband der Privaten
Krankenversicherung

Das tut uns leid!



> URHEBERRECHT?

Im letzten J&L konnte man einen Artikel mit dem Titel „Warum das Urheberrecht reformiert werden muss“ finden. Ein spannender Titel! Die Lust auf's Lesen wird jedoch mit dem Untertitel „Und die schwarz-gelbe Regierung auf einem guten Weg ist“ direkt wieder getrübt. Warum wir das so sehen erklären wir Euch hier.

Die Debatten um das neue Leistungsschutzrecht sind vor allem von vielen Emotionen geprägt. Und ein bisschen auch vom Kampf der digitalen Bohème gegen die Internetausdrucker. Bei der Diskussion werden jedoch zwei Fehler gemacht: es werden Themen miteinander vermischt, die wenig miteinander gemein haben. Und es wird wegen des krampfhaften Festhaltens an alten Gewohnheiten der Blick für Neues komplett versperrt. Und so sind wir in einer Sackgasse angekommen.

Verfehlt ist vor allem der Vergleich mit der Musik- und Filmindustrie. Viele Bands bieten heute einzelne Songs als Teaser zum kostenlosen Download an, teilweise sogar ganze Alben. Das Geld lässt sich heute eher mit Merchandising und Konzerten verdienen. Die Band 30 Seconds to Mars bietet für Konzerte ganze Fanpakete an, die jeweils mehrere 100 \$ kosten und meist sofort ausverkauft sind. Einzelne Bands haben es also offenbar geschafft, sich andere Einnahmequellen zu sichern.

Und auch bei der Filmindustrie zeigt sich, dass es oft nicht einfach nur schwarz und weiß gibt. Ein Jahr nach Schließung von Megapload hat sich gezeigt, dass das Portal zwar den großen Blockbustern geschadet, aber gerade kleinen Low-Budget-Filmen genutzt hat. Denn die Zahlen derjenigen, die für diese Low-Budget-Filme an der Kinokasse oder im DVD-Verkauf zahlten, gingen nach der Schließung

zurück. Erklärt wurde dies damit, dass das Portal vor der Schließung zugleich auch kostenlose Werbung für diese sonst eher unbekannten Filme war. Damit soll hier nicht das illegale Up- und Downloaden von urheberrechtsgeschützten Inhalten verteidigt oder gar dazu angestiftet werden. Aber diese Statistik zeigt klar und deutlich, dass ein Umdenken vonnöten ist!

Anstatt einen weiteren Medienzweig in ein System zu pressen, das schon bei anderen Zweigen mehr Verwaltung und Probleme schafft, als es den Urhebern nutzt, wäre es eh mal an der Zeit, dass Urheberrecht an vielen Stellen neu zu denken.

Geschaffen wurde es in erster Form im Jahr 1710 mit der „Statute of (Queen) Anne“ in England als Anregung, nützliche Bücher zu schreiben – „Encouragement of Learned Men to Compose and Write useful Books“ – indem man den Autoren das ausschließliche Recht gab, Kopien zu erstellen oder erstellen zu lassen – „by Vesting the Copies of Printed Books in the Authors or Purchasers of such Copies, during the Times therein mentioned“. Während der britische Buchmarkt in der Folge stagnierte und Bücher zu einem Luxusgut wurden, entwickelte sich der deutsche Buchmarkt völlig anders. So wurde hier das fünf- bis zehnfache an Büchern erstellt, gedruckt und gelesen. Die Preise waren niedriger, der Absatz dafür deutlich höher, die Honorare und Verdienste für Autoren größer und durch den Druck und die massen-

hafte Verbreitung von technischer und wissenschaftlicher Literatur hat Deutschland in der Industrialisierung und im Maschinenbau aufgeholt.

Die nächste relevante Manifestierung des Urheberrechts fand dann in der US-Verfassung 1776 statt. Article I, Section 8, Clause 8 der United States Constitution berechtigt den US Congress: „to promote the Progress of Science and useful Arts, by securing for limited Times to Authors and Inventors the exclusive Right to their respective Writings and Discoveries.“ Wieder wurde das Ziel formuliert den Fortschritt der Wissenschaft und der Kunst zu sichern. Als Mittel gilt auch hier, dass ein temporäres Monopol den Autoren und Erfindern gegeben wird, damit diese einen Anreiz haben, kreativ zu werden.

Heute stellt sich allerdings die Frage, ob mit der aktuellen Ausgestaltung der Mittel noch das ursprüngliche Ziel erreicht wird. Während die Statute of Anne noch 14 Jahre nach Veröffentlichung schützte, gelten heute Schutzfristen von 70 Jahren nach dem Tod des Autors. Kreative Weiterentwicklung wird damit über einen so extrem ausgedehnten Zeitraum verhindert, dass teilweise bereits die Enkel des Schöpfers nicht mehr leben. Die Bundesrepublik hat sich leider über die Jahre mit mehreren internationalen Verträgen zu langen Schutzfristen verpflichtet, aber hier hätte eine liberale Bundesjustizministerin gut daran getan, den Schreien nach weiteren Verlängerungen Einhalt zu gebieten und Anstrengungen zu starten, von diesem extrem hohen Schutzniveau mal wieder runter zu kommen.

Ein weiterer Aspekt ist auch die Frage des Schutzzumfangs. Früher wurden im Wesentlichen Kopien geregelt, denn die waren auch technisch das einzige, woran zu denken war. Zunächst ging es dabei nur um Bücher, später kamen mit der technischen Möglichkeit solche Inhalte auf einem Medium zu binden auch Bild und Ton dazu.

Das anfängliche Monopol zu kopieren wurde erweitert um Aspekte wie die öffentliche Aufführung oder Zugänglichmachung oder die Weiterverwendung in neuen Werken. Doch auch hier wäre es an der Zeit eine Kehrtwende zu machen und das Recht zurückzuschrauben. Wir müssen uns auch hier wieder fragen: „Wird mit den heutigen Regeln das alte Ziel, ‚mehr kreative Inhalte‘ entstehen zu lassen, noch erreicht?“

Wer beispielsweise über Youtube oder auf Seiten wie www.mashup-germany.com nach Musik-Mashups sucht, findet schnell auch Werke, denen man durchaus das Erreichen einer kreativen Schöpfungshöhe bescheinigen kann. Leider ist das Veröffentlichende von Musik-Mashups und Remixen in Deutschland weitestgehend verboten. Doch wo urheberrechtlich geschützte Werke neu vermischt werden, entsteht oft etwas ebenso Wertvolles: Kunst, verbotene Werke, denn das deutsche Urheberrecht verbietet eine solche ungefragte Weiterverwendung geschützter Inhalte und insbesondere deren Veröffentlichung. Es ist also an der Zeit, alte Regeln zu überdenken und Platz für neue Ideen, Kreativität zu schaffen und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Also warum ist die Presse nicht in der Lage, ihre Geschäftsmodelle zu ändern und schreit stattdessen lieber nach Protektionismus durch Gesetze? Es gibt genauso Handy-Hersteller, die den Smartphone-Markt verschlafen haben und sich nur mühsam oder gar nicht auf-

rappeln können. Es gibt auch ehemals großer Hersteller von Fotoapparaten und Fotofilmen, die es versäumt haben, ihre Kameras auch ans Internet anzuschließen. Sollen wir jetzt Subventionen für analoge Telefone und Abgaben für Nicht-Zelluloid-Kameras fordern?!

Es gibt bereits jetzt Möglichkeiten um das Verwenden der Snippets zu verhindern (Bspw. no-snippets-Tag und Robots.txt). Und auch der Bundesgerichtshof hat im Urteil „Vorschaubilder“ entschieden, dass „die Abbildung eines urheberrechtlich geschützten Werkes als Vorschaubild in Ergebnislisten von Bildersuchmaschinen (...) ohne technische Vorkehrungen gegen ein Auffinden und Anzeigen dieser Abbildung durch Suchmaschinen“ als Einwilligung in die Wiedergabe anzusehen sind. Überträgt man diesen Rechtsgedanken, haben die Zeitungsverleger nicht nur wirtschaftlich offensichtlich kein Interesse am Verbot der Nutzung der Snippets, sondern auch moralisch-rechtlich alles verwirkt, um jetzt Gesetze fordern zu können!

Die deutsche Presselandschaft hat es in den letzten Jahren auch versäumt, den Usern klarzumachen, dass Qualitätsjournalismus nun mal Geld kostet. Ja, wir zahlen gerne für gute Zeitschriften und Zeitungen mit gründlich recherchierten Artikeln. Und nein, wir möchten nicht für Online-Medien zahlen, die sich darauf beschränken, schlecht recherchierte Artikel voneinander abzuschreiben. Das hat mit Qualitätsjournalismus nichts zu tun, das ist noch nicht mal gutes Abschreiben.

Einige Zeitungen probieren jetzt andere Konzepte aus. Die taz fragt neuerdings: „Ist Ihnen dieser Artikel etwas wert?“ Man kann dann freiwillig zahlen und das nennt sich dann Pay-Wahl. Die Welt hingegen setzt auf eine Pay-Wall, bei der der User ab einer bestimmten Anzahl Artikel für's Lesen zahlen muss. Es wird sich zeigen, ob sich eines der beiden Konzepte durchsetzt. Und das wird maßgeblich auch damit zusammenhängen, ob die Leser den Inhalt als so qualitativ hochwertig ansehen, dass sie dafür zahlen wollen.

Liberale ziehen sich jetzt gerne auf den Schutz des Eigentums zurück, für den wir „schon immer“ eingetreten sind. Jedoch sind wir auch „schon immer“ für Wettbewerb und Fortschritt eingetreten. Liberale wären nie auf die Idee gekommen, Pferdekutscher vor der Automobilrevolution zu verteidigen. Und auch im Artikel 14 Grundgesetz werden reine Erwerbschancen ausdrücklich nicht vom Schutz mit umfasst. Warum also sollte dies hier anders sein?

JULIA HESSE (30) arbeitet als Rechtsanwältin und wissenschaftliche Mitarbeiterin in Berlin. Sie war International Officer im Bundesvorstand der JuLis.

E-MAIL hesse@julis.de

FACEBOOK JuliaHesseBerlin

WEB www.juliahesse.eu

THOMAS MÖHLE (23) ist Leiter des Bundesarbeitskreises Netzpolitik und Medien. Er studiert Informatik in Hannover.

E-MAIL julis@tmoehle.de



Torsten Tücks im Gespräch mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Es klingt fast wie eine Zukunftsvision aus einem Science Fiction Film.

Biometrische Scanner die ein Gesicht unter tausenden von Menschen herausfiltern und dann in Sekunden mit allen verfügbaren Informationen aus Datenbanken abgleichen. Dabei werden auch gleich sämtliche Querverbindungen zu Freunden und Bekannten analysiert. Zusätzlich können gleich auch noch Konsum- und Freizeitgewohnheiten miteinbezogen werden.

Binnen weniger Minuten nach dem Scan steht ein detailliertes Profil der Person zum Profiling bereit. Inzwischen in der Testphase, sind solch fortgeschrittene technische Maßnahmen natürlich noch nicht für den breiten Einsatz konzipiert. Jedoch fängt die Verdrängung der Freiheit immer schleichend an. So belegen die jüngsten Skandale großer deutscher Firmen, die ihre Mitarbeiter systematisch überwacht haben, dass hier Handlungsbedarf besteht. Das Liberale Weltbild entscheidet sich im Zweifel immer für die Freiheit. Vertrauen kommt vor Kontrolle und Zuversicht ist immer dem Misstrauen vorzuziehen.

Es gibt jedoch auch andere Stimmen. Immer dann wenn ein Terroranschlag die Welt in Atem hält, Amokschützen ein Land in große Trauer stürzen oder Schlägertrupps wehrlose Senioren brutal zusammenschlagen wird der Ruf nach Videoüberwachung laut. Aber ist es wirklich so einfach? Benjamin Franklin sagte einmal: „Jene, die Freiheit aufgeben, um eine vorübergehende Sicherheit zu erwerben, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit.“ Genau an diesem Punkt möchten wir ansetzen und das Thema gemeinsam mit der Bundesjustizministerin näher betrachten.

Gerade aufgrund der jüngsten Ereignisse in Bonn wird der Ruf nach massiver Videoüberwachung wieder sehr laut. Werden Städte und Plätze durch Kameras wirklich sicherer oder ist es nicht irrational sich jederzeit und überall sicher zu fühlen?

Irrational ist ein bisschen hart. Aber Sicherheit hat immer etwas mit der individuell empfundenen Sicherheit zu tun. Das ist empirisch immer wieder belegt worden, weil die wahrgenommene Sicherheit nicht mit der tatsächlichen übereinstimmt. Ich bin also immer zurückhaltend, wenn der Ruf nach mehr Videoüberwachung laut wird. Oft versteckt sich dahinter die Tatsache, dass jahrelange Personal eingespart und wegrationalisiert wurde.

Ich kann mich gut erinnern, als in München noch Personal in der S-Bahn unterwegs war. Das ist heute ja nur noch punktuell der Fall. Wer mit Kameras Personal sparen will,

macht Deutschland nicht sicherer. Videokameras ermitteln nicht. Sie nehmen auch keinen Gewalttäter fest.

In einigen Bereichen könnte man also von einer trügerischen Sicherheit sprechen. Welche Wege könnte man denn alternativ gehen, um das Sicherheitsempfinden der Bürger zu stärken?

Ich bin ja „zugezogene Bayerin“. Und in Bayern haben wir damals den Landtagswahlkampf mit einem Versprechen bestritten: Dass Bayern mehr Polizisten bekommt. Dieses Versprechen haben wir gehalten. Das hat damals einige Kommentatoren verwundert, eine „schwarze Schnarre“ wurde ich einmal genannt (lacht). Doch das ist meiner Ansicht nach der richtige Ansatz, um nicht nur die individuell wahrgenommene Sicherheit zu stärken – sondern auch de facto für Sicherheit zu sorgen. Und schauen Sie sich die Sicherungsverwahrung an. Da wurde jahre-

lang populistisch ein neues Gesetz nach dem anderen gemacht und Freiheitsrechte wurden massiv verletzt.

Das hat auf der einen Seite den Eindruck geschürt, Deutschland sei ein Land von Schwerverbrechern. Und auf der anderen Seite hat die Politik immer weitere Einzelfallgesetze geschaffen, um diese scheinbaren Sicherheitslücken zu füllen, dabei ist die Kriminalität insgesamt rückläufig. Am Ende dieser Eskalationsspirale verlieren alle: eine solche Politik verliert Vertrauen und die Bürger verlieren die Sicherheit. Ich habe in dieser Legislaturperiode die Sicherungsverwahrung komplett verfassungsgerecht geändert.

Die jetzige Bundesregierung hat viel dafür getan, die Bürgerrechte zu stärken. Was waren die größten Erfolge der Koalition bei der Stärkung der Bürgerrechte und wie viel liberale Handschrift steckt in ihnen?

Da steckt nur liberale Handschrift drin. Die FDP hat mehr individuelle Freiheit in dieser Koalition geschaffen: die problematischen Internetsperren wurden abgeschafft. Und wir haben klar Kurs gehalten und individuelle Freiheitsräume in der digitalen Welt geschützt. Pseudonyme im Internet bleiben genauso erlaubt wie anonyme Kommentare. Der größte Erfolg ist für mich, dass die Vorratsdatenspeicherung nicht wieder eingeführt wurde. Und drittens: Zum ersten Mal seit 9/11 wurden die Anti-Terror-Gesetze entschärft. Das war ein hartes Ringen, um es mal ganz diplomatisch auszudrücken. Außerdem haben wir die Pressefreiheit gestärkt.

Was wäre ohne die Liberalen anders?

Ganz einfach: Das Stakkato immer neuer Sicherheitsgesetze würde weitergehen. Ein Sicherheitspaket III hier, die Vorratsdatenspeicherung da, Internetsperren bei Urheberrechtsverletzung dort – der Fantasie sind bei unserem Koalitionspartner und auch bei den Oppositionsparteien kaum Grenzen gesetzt.



DAS STAKKATO IMMER NEUER SICHERHEITS GESETZE WÜRD WEITERGEHEN

Die einen würde am liebsten undifferenziert alles überwachen.

Öffentliche Räume, das Internet, den Arbeitsplatz und die Telekommunikationsnetze. Wieder andere sind grundsätzlich gegen jegliche Form der Überwachung durch den Staat. Sollte man das Thema vielleicht zwischen den Privaten und öffentlichen Räumen differenzieren?

Nein, der Staat ist immer an die Grundrechte gebunden, unabhängig davon, ob es um private oder öffentliche Räume geht. Aber: Private Räume stehen unter einem besonders hohen Schutz der Verfassung. Denken Sie nur an das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung. Absoluten Schutz vor staatlichen Eingriffen genießt der sogenannte Kernbereich privater Lebensgestaltung. Dafür haben wir Liberale erfolgreich gestritten. Die Überwachung durch Arbeitgeber hat stark zugenommen. Experten betonen, dass totale Videoüberwachung am Arbeitsplatz auch psychologische Konsequenzen hat. Was löst es in einem Arbeitnehmer aus, wenn er den ganzen Tag durch eine Kamera überwacht wird?

Permanente Überwachung hat das Potential soziales Verhalten zu beeinflussen; sagt auch das Bundesverfassungsgericht. Das können Sie sich einfach vor Augen führen: Wie ginge es Ihnen, wenn Sie ihre Webcam den ganzen Tag beobachten würde – und an Freunde und Bekannte könnten sie die ganze Zeit beobachten? Richtig. Sie würden versuchen, auszuweichen oder ihr Verhalten anzupassen. Im Erwerbsleben kann das zur Verschlechterung des Betriebsklimas und zu erhöhtem Krankenstand führen. Beides sind Verhalten, die durch zunehmenden Kontrolldruck ausgelöst werden können.

Wie weit dürfen Arbeitgeber bei der Beobachtung und Überwachung ihrer Angestellten eigentlich gehen?

Der heimlichen Videoüberwachung eines Beschäftigten am Arbeitsplatz sind nach der Rechtsprechung Grenzen gesetzt. Zulässig ist sie nur, wenn der konkrete Verdacht einer strafbaren

Handlung oder einer anderen schweren Verfehlung zu Lasten des Arbeitgebers besteht. Außerdem müssen weniger einschneidende Mittel zur Aufklärung des Verdachts ergebnislos ausgeschöpft sein, so dass die verdeckte Videoüberwachung damit praktisch das einzig verbleibende Mittel ist.

Eine Videoüberwachung von öffentlich zugänglichen Räumen kann nach dem Bundesdatenschutzgesetz zulässig sein. Dabei kann dieser Bereich gleichzeitig Arbeitsplätze umfassen – wie beispielsweise der öffentliche Bereich einer Bank. Hier müssen die Beschäftigten die Videoüberwachung hinnehmen, weil das zu ihrem Arbeitsbereich gehört – es ist sozusagen arbeitsplatzimmanent. In diesen Fällen, in denen die Beschäftigten nicht der eigentliche Beobachtungsgegenstand sind, ist eine Auswertung der Beobachtungsergebnisse zum Zweck einer Leistungs- und Verhaltenskontrolle der Angestellten dann aber auch nicht zulässig.

Viele Arbeitgeber nutzen bereits heute andere Technologien zur Mitarbeiterüberwachung. Inzwischen stehen auch Regelungen für Callcenter in der Diskussion: Inwieweit dürfen die Telefonate der Mitarbeiter abgehört werden?

Das Aufzeichnen von Telefongesprächen durch Call-Center ist nur dann erlaubt, wenn die jeweiligen Gesprächspartner, also die Kunden und die Beschäftigten, hierin eingewilligt haben oder eine gesetzliche Erlaubnis vorliegt, und auch dann immer nur eingeschränkt.



TORSTEN TUECKS (35) ist Dipl.-Betriebswirt. Seit 2009 ist er Vorsitzender der FDP-Fraktion in der Bezirksvertretung Köln-Mülheim.

E-MAIL torsten.tuecks@yahoo.de

„Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Grenze liberaler Politik.“ So wird der Programmwurf für die nahende Bundestagswahl angerissen. Wir JuLis sind im kritischen Diskurs mit unserer Mutterpartei bzgl. der Fixierung einzelner Programmpunkte. Was sind für die wichtigsten Forderungen, die wir hier unterbringen müssen, um die Du kämpfen musst, die Du „anders siehst“?

Da gäbe es einige Punkte. Neu hinzugekommen: Das Leistungsschutzrecht, aber auch vorher schon Fragen wie ein wirklich zukunftsfähiges Rentensystem, bei dem man Geld anspart, die Ablehnung des Betreuungsgeldes oder die Abschaffung von Ausnahmen bei der Mehrwertsteuer. Einiges – gerade bei den Bürgerrechten, der Bildung oder der Haushaltskonsolidierung – haben wir aber schon in der Kommission bewegt. Dass Aufstiegschancen im Zentrum des Programms stehen, finde ich aus JuLi-Sicht ein kleines, aber sehr gutes Signal. Eine lange und harte Debatte wurde in den letzten Monaten hinsichtlich des sogenannten Leistungsschutzrechtes geführt. Schlussendlich wurde es modifiziert auch beschlossen. Bereits kleine Ausschnitte aus Zeitungsartikeln sind nun ab Veröffentlichung gesetzlich geschützt. Verkennt die Gesetzgebung hier die digitale Nachrichtenlandschaft unserer heutigen Zeit? Wie siehst Du das?

Ja. Das neue Leistungsschutzrecht ist weniger gefährlich als die bisherigen Entwürfe, bleibt aber trotzdem falsch: Es bringt jetzt kaum noch etwas für die Verlage und sorgt nicht gerade für klare Rechtslagen. Es hätte gelten müssen: Wenn ich kein Gesetz brauche, mache ich kein Gesetz. Am Ende war es leider: Bevor ich ein unmögliches Gesetz mache, mache ich lieber ein unnötiges Gesetz.

Auch das jüngste Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Adoptionsrecht in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften stellt ein gutes Beispiel für die Auseinandersetzung mit der Frage, in welcher Gesellschaft wir leben möchten, dar. Muss sich hier nicht die Politik die Frage stellen lassen, ob die Gerichtsbarkeit die Lebensrealität in Deutschland besser erfasst als die Politik –

›AUF EIN GLAS MILCH MIT LASSE BECKER

die dieses Primat für sich ja immer gerne in Anspruch nimmt. Oder siehst Du diesen Entscheid als Einzelfallregelung, wie einige Protagonisten bei den politischen Mitbewerbern?

Manchmal habe ich da den Eindruck, dass die Union – besonders aber die CSU – im tiefsten Mittelalter verhaftet ist. Wir JuLis sprechen uns für eine Verantwortungsgemeinschaft aus, in der jeder, der dauerhaft Verantwortung für einen anderen Menschen übernimmt, durch den Staat dabei unterstützt wird. Das Spektakel der Union zeigt nur, dass sie nicht bereit ist, die Realität in Deutschland zu akzeptieren.

Eine breite Allianz aus Politik und Gesellschaft setzt sich seit Jahren für ein Verbot der NPD ein. Unabhängig von dem gescheiterten Verbotsverfahren aus der Vergangenheit bleibt die Frage, ob ein Verbot sinnvoll ist. Besser: Was würde denn dagegen sprechen?

Aus meiner Sicht bleibt das NPD-Verbot falsch. Die widerlichen rechten Spinner müssen wir argumentativ vorführen, anstatt sie in den Untergrund zu drängen. Und wenn selbst der Zentralrat der Juden befürchtet, dass ein solches Verfahren verloren ginge, dann wäre das brandgefährlich.

Zuletzt wollen wir einen Blick auf uns selbst werfen. In dieser Ausgabe haben wir eine harte Debatte in Form von pro-/contra-Beiträgen zu der Frage wie groß die Distanz von uns JuLis zu unserer Mutterpartei sein sollte, um dem eigenen Anspruch „das Korrektiv“ zu sein gerecht werden zu können. Hier prallen Welten aufeinander. Auf der einen Seite wird die größtmögliche

Distanz propagiert, die jegliche Verflechtung auf beruflicher Ebene als Sündenfall deklariert. Auf der anderen Seite stehen die Vertreter einer sehr pragmatischen Haltung, die im Kern fordern, verbesserungswürdige Fragen „von innen“ – also in enger beruflicher Kooperation – anzugehen. Du selbst bist als JuLi-Vorsitzender unabhängig und stehst in keinem beruflichen Abhängigkeitsverhältnis zu Abgeordneten oder der FDP an sich. Wie siehst Du diese Debatte? Gibt es einen Mittelweg oder unterstützt Du eine dieser Maximalforderungen?

Ich hab die Artikel ja noch nicht gelesen, find aber beide Extrempositionen in der Diskussion auf Facebook falsch: Ja, es kann zu Interessenkonflikten kommen, wenn ein Funktionsträger der JuLis gleichzeitig Angestellter der Partei oder eines MdB ist – übrigens egal, ob er dafür 200 oder 2000 Euro bekommt. Das war einer der Gründe, warum ich so-

wohl als Landesvorsitzender als auch als Bundesvorsitzender niemals die Angebote angenommen habe, für jemanden aus dem Politikbetrieb zu arbeiten. Aber nein, das ist nicht immer, sondern nur ganz selten ein reales Problem: Ich habe mehrfach erlebt, wie Landesvorsitzende oder Bundesvorstandsmitglieder sehr genau trennen konnten zwischen ihrem Job und ihrem Ehrenamt. Und am Ende des Tages ist die FDP-Bundestagsfraktion nun wirklich nicht Scientology, so dass eine Mitgliedschaft mit den JuLis unvereinbar ist. (lacht). Übrigens bin ich skeptisch was Quoten angeht, sowohl hohe Quoten für Frauen als auch hohe Quoten für Landesverbände als auch Nullprozent-Quoten für Mitarbeiter. Unsere Mitglieder und Delegierten sind schlau genug, jemanden, bei dem sie eine Interessenkollision vermuten, einfach nicht zu wählen. Hab ich zumindest immer so gemacht. Auf der anderen Seite schaffen übrigens gerade die vielen hervorragend arbeitenden Mitarbeiter in den MdB-Büros, Ministerien et cetera viel Einfluss für die JuLis. Deshalb haben wir als Bundesvorstand auch regelmäßig einen Stammtisch der jungen Mitarbeiter. Zusammengefasst: Vorsicht ja, Verbote nein.

LASSE BECKER (29) ist Bundesvorsitzender JuLis und Promotionsstudent.

E-MAIL becker@julis.de
TWITTER [lassebecker](https://twitter.com/lassebecker)
FACEBOOK [lassebecker](https://www.facebook.com/lassebecker)
WEB www.lassebecker.de



> LIBERALE FAMILIENPOLITIK

> DAS UNGELIEBTE STIEFKIND DER FDP

Wer wann wen heiratet oder eingetragen anpartnert oder anverantwortungsgemeinschaftet, wer wessen Kinder bekommt, groß- und erzieht, wer wen wie pflegt, wer wo wie lange arbeitet oder nicht - das alles sollen die Betroffenen bitte selbst entscheiden. Möglichst ohne Einmischung der Politik. Deshalb ist Familienpolitik ein schwieriges Thema für Liberale. Die soll einfach nur unterstützen, Rahmenbedingungen schaffen, damit Familien sich frei entfalten können.

Genau hier liegt aber der Hase begraben - welche Unterstützung ist denn gewünscht und / oder benötigt? Wollen wir die Ehe als Institution schützen und bevorzugen, unterhaltsverpflichtete Eltern von Kindern besserstellen, Frauen nach einer Geburt zügig wieder in Arbeit bringen, Mütter möglichst lang bei ihren Kindern lassen, schon früh Betreuungseinrichtungen für kleine Kinder möglichst flächendeckend anbieten, Eltern Geld für individuelle Betreuungsmöglichkeiten geben, Erwachsene ihre Eltern pflegen lassen, ältere Menschen so bald wie möglich in Pflege-Institutionen unterbringen oder sie zu Hause betreuen? Für all diese An-

forderungen gibt es mindestens eine staatliche Leistung. Und viele sind umstritten. Um ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen, wartet die Nation gespannt auf die Evaluierung der familienpolitischen Leistungen, die als „Roh-

daten“ dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend schon seit einer Weile vorliegen, die aber noch „zusammengeführt“ werden müssen. Die Kriterien, die das Ministerium hier an die Evaluierung anlegt - bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wirtschaftliche Stabilität von Familien, Erfüllung des Kinderwunsches, Wahlfreiheit der Eltern, gute Entwicklung von Kindern - halte ich für sehr gelungen, weil sie verschiedene Sichtweisen aufgreifen. Bleibt abzuwarten, ob die Evaluierung die Erwartungen erfüllen kann, die in sie gesetzt wurden.

Unsere deutsche Familienpolitik ist immer noch eher an dem Alleinverdiener-Haushalt mit einem nicht berufstätigen Elternteil orientiert. Nicht, dass ich falsch verstanden werde: Ein Alleinverdiener-Haushalt ist nicht besser oder schlechter als eine Familie, in der beide Eltern Vollzeit arbeiten, ist nicht besser oder schlechter als ein alleinerziehendes Elternteil ist nicht besser oder schlechter als zwei teilzeitarbeitende Eltern ist nicht besser oder schlechter als jede andere Familienform. Solange ein Kind geliebt und gut behandelt wird, kann und muss jede Familie für sich selbst entscheiden, wie sie leben möchte. Und ich finde jede Debatte über Rabenmutter-vs-Hausmami bewegt sich auf verdächtig tiefem Niveau. ABER diese Überzeugung, die sich zwar in den meisten Parteien und in

der Gesellschaft durchgesetzt hat, hat sich leider noch nicht in der familienpolitischen Infrastruktur unserer Republik niederschlagen. Das Betreuungsgeld ist ein Beweis, das Festhalten am Ehegattensplitting statt eines Familienrealsplitting oder einen Individualbesteuerung mit Freibeträgen pro Unterhaltsberechtigtem ein weiteres.

Und gerade bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, da wünsche ich mir mehr. Natürlich verstehe ich als Liberale den Wunsch der FDP, Unternehmen nicht mit unnötiger Bürokratie zu belasten. Und auch die Relevanz von einer guten wirtschaftlichen Entwicklung für den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand ist mir bekannt.

Was aber fehlt, ist das Bekenntnis, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch tatsächlich umzusetzen! Die FDP fordert in jedem Antrag, in jedem Positionspapier die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitszeitmodelle. Der Entwurf für das Bundestagswahlprogramm der FDP sagt zu dieser Problematik Folgendes:

„Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, wollen wir weiterhin die Nutzung von flexiblen Arbeitszeitmodellen, Heimarbeitsmöglichkeiten, Sabbatjahren und den Wechsel zwischen Voll- und Teilzeit in Unternehmen erleichtern.“

Ein Lippenbekenntnis, wie wir es kennen. Was aber ist mit einer tatsächlichen Ermöglichung?

Eines der Hauptprobleme sehe ich ganz persönlich darin, dass in der Familienpolitik eine von der FDP so strikt befolgte, sonst auch häufig sinnvolle Regel „Subjektförderung vor Objektförderung“ einfach nicht funktioniert. Denn das Hauptproblem junger Familien ist nicht das Geld (wobei ich hier nicht missverstanden werden will: Bei Familien ist Geld sicherlich nicht schlecht aufgehoben), sondern eine Infrastruktur, die berufstätige Eltern, oder solche, die sich in einer Ausbildung oder einem Studium befinden, unterstützt. Familien, die nicht das Glück haben, zwei Omas ohne Beruf und zwei verrentete Opas zu haben. Familien, die im Krankheitsfall, wenn schulfrei ist oder wenns einfach mal länger dauert, auch Alternativen brauchen. Es ist kein Geheimnis, dass es in Deutschland zu wenige Kita-Plätze gibt, gerade auch, wenn der Rechtsanspruch ab dem vollendeten ersten Lebensjahr in diesem Sommer kommt. Viel schwieriger macht es aber die Tatsache, dass es auch kaum Kitas mit flexiblen Öffnungszeiten gibt. Manche Projekte halten sich aber nicht an Kita-Schließzeiten, genauso wenig wie internationale Telefonkonferenzen mit verschiedenen Zeitzonen oder der Nachtdienst auf der Intensivstation.

MONA MODEL (29) ist Juristin

E-MAIL model@julis.de



„Müssen gute Arbeitgeber nicht mehr als nur Arbeit geben?“

ISABEL FRIELINGHAUS
Personalmanagerin bei Reemtsma

Wir bei Reemtsma sind stolz auf unsere Mitarbeiter. Denn wir wissen, dass der Erfolg des Unternehmens das Ergebnis ihrer Erfahrung und Leistung ist. Wir fördern deshalb gezielt die Entwicklung unserer Mitarbeiter. Wir setzen auf Eigenverantwortung und unterstützen Kreativität. Wir bieten internationale Karrierechancen und eine finanzielle Beteiligung am Erfolg des Unternehmens. Und das alles, weil wir wissen, wie wertvoll der Einzelne fürs Ganze ist. www.reemtsma.de

WERTE LEBEN. WERTE SCHAFFEN.



ANZEIGE

gürtlerbachmann



REEMTSMA



› CHINA-MASSNAHME EIN VOLLER ERFOLG!

Im Dezember reiste eine JuLi-Delegation erstmals offiziell nach China. Ziel der Maßnahme war der Aufbau von Kontakten in die Zivilgesellschaft, insbesondere mit Studenten verschiedener Politik- und Verwaltungsstudiengänge. In verschiedenen Arbeitsgruppen, mit unterschiedlichen Themen, wie Umweltpolitik, Eurokrise oder Unternehmensethik diskutierten wir unsere Policyansätze mit chinesischen Teilnehmern an der School of Government der Peking University und der School of Public Policy und Management der Tsinghua University.

Nicht nur, dass wir von der erstaunlich offenen und kritischen Diskussion beeindruckt waren, auch gaben die Workshops den Teilnehmern beider Seiten die Möglichkeit sich mit jungen und engagierten Verantwortungsträgern auszutauschen. Am Rande der Veranstal-

tung gab es ebenfalls Treffen mit Professoren der Peking University, bei denen sich unsere Delegation über Situation in China informieren und Herausforderungen, sowie Chancen diskutieren konnte.

Für die JuLis mit dabei waren: Maximilian Klefenz, Armin Reinartz, Björn Försterling, Sven Gerst, Arian Kriesch, Nikita Höll und Julian Kirchherr.

Solltest Du noch weitere Fragen zu der Maßnahme haben kannst Du Dich an Max (klefenz@julius.de) oder Armin (reinartz@julius.de) wenden.



Wir JuLis sind nicht nur in Deutschland, sondern weltweit engagiert. Egal ob bei den Kongressen unserer Dachverbände oder bei bilateralen Maßnahmen mit spannenden Partnern in den unterschiedlichsten Ländern. Hierbei führen wir sowohl inhaltliche Seminare, als auch sogenannte Fertigkeitenmaßnahmen mit unseren Kooperationspartnern durch. In den letzten Jahren waren wir dabei beispielsweise in Ländern wie dem Libanon, den Niederlanden, Ägypten, China, den USA oder dem südlichen Kaukasus.

Wir sind unterwegs, um Liberalismus auf dem gesamten Globus zu fördern. Dabei freuen wir uns immer, wenn neue Gesichter dabei sind, die auch neue Ideen und Engagement mitbringen.

Wenn auch Du bei dieser spannenden Arbeit dabei sein möchtest, bewirb Dich jetzt für das Internationale Komitee (IntKom)!

Das IntKom besteht aus bis zu sechs Personen und ist dazu da, um dem jeweiligen International Officer zuzuarbeiten. Es gibt schließlich einiges zu organisieren, wie beispielsweise Seminare mit unseren Partnerverbänden, die Fahrt zu Kongressen, die Betreuung von internationalen Gästen auf dem BuKo oder das Erstellen von Anträgen, die wir auf Ebene unserer Dachverbände, LYMEC und IFLRY, einbringen.

Für die Bewerbung musst Du einfach Deinen Lebenslauf, Deine möglichen Erfahrungen im internationalen Bereich und ein Motivationsschreiben an unseren International Officer Max (klefenz@julius.de) senden. **Deadline für Bewerbungen ist jeweils der Freitag des Wahl-BuKos im Frühjahr, also dieses Mal am 26. April.** Sobald Deine Bewerbung eingegangen ist, bekommst Du natürlich eine Eingangsbestätigung. Das neue IntKom wird auf der ersten Tagung des neu gewählten Bundesvorstandes bestimmt.

Wenn Du noch weitere Fragen hast, kannst Du Dich natürlich immer gerne an unseren International Officer Max wenden.

Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint vierteljährlich. Zu beziehen ist jung + liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung + liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber: Bundesverband Junge Liberale e.V., PF 540243, 10042 Berlin, Telefon: (030) 28 38 87 91, Telefax: (030) 28 38 87 99, E-Mail info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.): Michael Lindner (lindner@julius.de); Stellvertretung: Jeanine Weiss

Autoren: Lasse Becker, Björn Försterling, Julia Hesse, Julian Kirchherr, Konstantin Kuhle, Michael Lindner, Mona Model, Thomas Möhle, Friedrich Ohnesorge, Manuel Röhrich, Eva Christina Scharbatke, Torsten Tücks, Johannes Wolf.

Lektorat: Christian Bauer, Ulrich Lechte, Katrin Säckel, Johannes Wolf.

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bildnachweise

Seite 19: JuLis Flensburg / André Classen

Seite 20: Riekes Vater / photocase.com

Sofern nicht anders ausgewiesen sind alle Fotos und Illustrationen © JuLis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin

› AUSGABE
02/2013

Energiepolitik

Für die kommende Ausgabe können gern ab sofort Artikelvorschläge und Ideen an die Chefredaktion eingesandt werden. Auch bzgl. einer Aufnahme in den Autorenverteiler, Leserbrief und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an lindner@julius.de schicken.

